

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

16. Sitzung vom 12. Oktober 2015 von 18:00 bis 19:00 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz	Ariane Gregor, Präsidentin
Protokollführung	Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.
Präsenz	Einwohnerrat Mitglieder des Einwohnerrats: 39 Absolutes Mehr: 20 Zweidrittelsmehr: 26 Gemeinderat Walter Dubler, Gemeindeammann Bruno Breitschmid, Gemeinderat Ruedi Donat, Gemeinderat Arsène Perroud, Gemeinderat Urs Kuhn, Gemeinderat 1 Sitz vakant Weitere Anwesende Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Gregor Kaufmann, Finanzverwalter Peter Joller, Stv. Leiter Soziale Dienste Gerold Brunner, Betreibungsbeamter Marco Veil, Chef Repol Marcel Christen, Kommandant Feuerwehr Beat Herzog, Leiter Regionale ZSO Thomas Laube, Vorsteher Steueramt Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz Christoph Meyer, PBU Carmine Monteleone, PBU René Bossert, Fachbereich Informatik
Entschuldigungen	Alex Stirnemann, SP

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Budget 2016 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (13073)

Gregor Ariane, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 24. August 2015 zu verzeichnen:

- Finanzkommissionsbericht zum Budget 2016
- Bericht 13075 betreffend Auflösung kommunale Sammelstelle Werkhof
- Bericht und Antrag 13076 betreffend Entwicklung Bahnhof Wohlen
- Motion 13077 AHA (Ausgeglichener HAushalt)
- Einladung zur Kulturpreisverleihung 2015
- Einladung zur Veranstaltung „Der grosse Gatsby“

Fraktionserklärungen

Stäger Urs, SVP: Seit dem letzten Donnerstag steht der Wohler Gemeindeammann unter Anklage. Der Staatsanwalt wirft ihm zwei Verbrechen vor. Mehrfacher Betrug und ungetreue Geschäftsbesorgung, beides zum Nachteil der Gemeinde Wohlen. Wie schon an den letzten beiden Einwohnerratsitzungen protestieren wir dagegen, mit dieser Person unter dem gleichen Dach an einer Einwohnerratsitzung teilnehmen zu müssen. Aber weil die Teilnahme unsere Pflicht ist, bleiben wir im Saal und beteiligen uns an den Diskussionen zu den Traktanden. Unsere Forderung ist seit Mitte Juni 2015 die gleiche. Sofortige Absetzung des Gemeindeammanns. Einen Rücktritt haben wir nie verlangt, weil wir uns auf realistische Forderungen beschränken wollen.

Der Gemeinderat hat am letzten Freitag dem Regierungsrat beantragt, dass Walter Dubler per sofort in seinem Amt suspendiert wird. Für diesen richtigen Entscheid danken wir dem Gemeinderat ausdrücklich.

Wir weisen darauf hin, dass die Anklage gegen den Gemeindeammann nur zwei Themenkreise umfasst. Pensionskasse und REPLA. Wir gehen davon aus, dass die folgenden Themenkreise später noch zur Anklage gebracht werden:

1. Verwaltungsrat-Honorare BDWM Transport AG. Der Gemeindeammann hat diese Honorare nur teilweise an die Gemeinde abgeliefert.
2. Honorare aus kantonalen Arbeitsgruppen, die der Gemeindeammann nicht an die Gemeinde abgeliefert hat.
3. Lohnfortzahlung an einen ehemaligen Mitarbeiter ohne Rechtsgrundlage.
4. Spesenbezug für SBB-Billets entgegen dem Spesenreglement.

Anmerkungen zu den Honoraren der BDWM Transport AG

Sogar wenn das Gutachten von Dr. Merker zutreffen würde, so stellt sich die Frage, wieso der Gemeindeammann schon im Zeitraum 2002 bis 2010 einen Teil der Verwaltungsrat-Honorare privat bezogen hat. Es geht dabei um einen Betrag von insgesamt CHF 10'644.00. Das geht aus den Antworten des Gemeinderats vom 14. September 2015 zu unserer Anfrage hervor.

Es ist die gesetzliche Pflicht des Gemeinderats, zu den erwähnten vier Themenkreisen eine Strafanzeige einzureichen. Wenn der Gemeinderat dies unterlässt, wird die SVP erneut aktiv werden.

Wir wünschen und hoffen, dass sich die Situation zum Wohl unserer Gemeinde rasch klärt. Die Belastung des politischen Systems unserer Gemeinde durch den Fall Dubler muss ein Ende haben.

Persönliche Erklärung

Dubler Walter, Gemeindeammann: In den vergangenen Tag hat in den Medien und auf der politischen Ebene eine weitgehende Vorverurteilung meiner Person stattgefunden. Die Verfahrensgrundsätze, die in jedem rechtsstaatlichen Verfahren Geltung haben, sind dabei völlig in Vergessenheit geraten. Das gilt insbesondere auch für die Unschuldsvermutung. Meine Stellungnahme ist weitgehend unberücksichtigt geblieben. Ohne Hinterfragung oder kritische und ausgewogene Überprüfung der gegen mich erhobenen Vorwürfe werde ich als Schuldiger an den Pranger gestellt. Und dies, bevor das zuständige Gericht und der Regierungsrat über die Vorwürfe befunden haben.

Ich habe vom ersten Tag an uneingeschränkt mit dem Gemeinderat kooperiert und alle gewünschten Unterlagen und Informationen vorgelegt. Ich werde auch mit dem Regierungsrat uneingeschränkt kooperieren und alle gewünschten Unterlagen und Informationen vorlegen. Auf diesem Weg kann und wird die Angelegenheit geklärt werden. Das benötigt jedoch naturgemäss eine gewisse Zeit. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass dies so rasch als möglich geschehen kann.

Die Medienmitteilung der Staatsanwaltschaft und den Antrag des Gemeinderates an den Regierungsrat habe ich zur Kenntnis genommen. Dazu werde ich in den laufenden Verfahren vor dem zuständigen Gericht und vor dem Regierungsrat in der Sache Stellung nehmen und meinen Standpunkt darlegen, so wie es von der Verfassung und vom Gesetz her das Recht jedes Bürgers ist. Es ist mir daher zurzeit nicht möglich, mich dazu in der Öffentlichkeit zu äussern. Vom Ausgang der Verfahren wird die Öffentlichkeit aber zu gegebener Zeit Kenntnis erhalten.

In beiden Verfahren gilt die Unschuldsvermutung. Bis zur rechtskräftigen Feststellung des Gegenteils durch die jeweils zuständige Instanz gilt jedermann als unschuldig. Ich erwarte und bitte darum, dass die Medien und die politischen Behörden diesen Grundsatz auch mir gegenüber beachten und respektieren, nicht mehr und nicht weniger.

Ich bin nach wie vor Gemeindeammann von Wohlen und nehme meine Aufgaben wahr. Als langjähriger Inhaber dieses Amtes bin ich mir der politischen Tragweite der Angelegenheit bewusst. Insbesondere nehme ich auch den Antrag des Gemeinderates an den Regierungsrat ernst. Ich werde diesen Aspekt im Auge behalten und berücksichtigen.

Rückweisungsantrag

Hoffmann Thomas, Präsident Finanzkommission: Stellen Sie sich vor, Sie haben eine grosse Maschine vor sich. Mit vielen verschiedenen Zahnrädchen, grosse und kleine. Viele sind ineinander verzahnt, einige sind starr und lassen sich nicht bewegen und andere sind versteckt. Es ist recht komplex, da den Durchblick zu haben. Nennen wir diese Maschine heute Budget 2016. Anlässlich der Budgetsitzung drehen wir dann an verschiedenen dieser Zahnrädchen. Wir drehen an einem Rädchen und kürzen so die Kosten für den Schaukasten vor dem Gemeindehaus. Wir drehen an einem anderen und streichen das Konto Fachliteratur zusammen – und somit den Büchereinkauf für die Bibliothek. Sie kürzen die Kosten für Inserate und somit die Ausgaben für die gesetzlich vorgeschriebene Publikation der Einwohnerratsbeschlüsse. Das ist übrigens alles in der letzten Sitzung geschehen. Die Folgen davon sind, dass die Kosten genau gleich anfallen und dann in der Rechnung mit einem Stern begründet werden. Das bringt aus Sicht der Finanzkommission gar nichts. Vor allem lohnt es sich nicht an den einzelnen Zahnrädchen zu drehen, wenn die ganze Maschine zu gross ist. Deshalb, geben wir heute diese Maschine mit dem klaren Auftrag an den Gemeinderat und die Verwaltung zurück, eine kleinere zu erstellen. Der Gemeinderat und die Verwaltung als Hersteller dieser Maschine kennen jedes noch so kleine Rädchen. Die Verwaltung weiss, welches Zahnrädchen verkleinert oder ganz weggelassen werden kann.

Die Finanzkommission hat in ihren Berichten jedes Mal darauf hingewiesen, dass Massnahmen zur Verbesserung des Selbstfinanzierungsanteils dringend notwendig sind. Im Bericht zum Budget 2015 hat sie sogar konkrete Massnahmen seitens Gemeinderates gefordert. Diese sind nicht erfolgt, deshalb gibt es mit der Rückweisung jetzt einen klaren Auftrag an den Gemeinderat. Die Finanzkommission bittet sie, die Rückweisung der Rechnung als Vergangenheitsbericht nicht mit der Rückweisung des Budgets als Zukunftsweisung zu vermischen. Nur aus Mitleid mit dem Gemeinderat und der Verwaltung oder dem schlechten Zeitpunkt die Weichen heute nicht in die andere Richtung zu stellen, wäre aus Sicht der Finanzkommission nicht gescheit. Die Finanzkommission empfiehlt ihnen deshalb grossmehrheitlich die Rückweisung des Budgets 2016 mit dem Auftrag an den Gemeinderat, das Budget zu überarbeiten und den betrieblichen Aufwand um 2%, was rund CHF 1,2 Mio. ausmacht, zu senken.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Es gibt Rückweisungen aus triftigen Gründen oder weil noch mögliche Unklarheiten vermutet werden. Das war auch der Hauptgrund für die beiden Rückweisungen der Rechnung 2014. Angesichts der möglichen Unbekannten hatte ich seinerzeit sehr wohl Verständnis. Das ist in diesem Fall aber anders. Ich bitte Sie dies zu berücksichtigen, dass das Budget die gemeinsame Arbeit der Abteilungsleitenden sowie des Gemeinderates ist und an mehreren Sitzungen behandelt worden ist.

Sie müssen sich darüber bewusst sein, dass eine Rückweisung wohl auch als Misstrauen gegenüber der Verwaltung und dem Gesamtgemeinderat ausgelegt werden könnte. Nur wenn wir über das Budget auch wirklich beraten, wissen wir wo die Mehrheit des Einwohnerrates effektives Einsparpotential sieht. Glauben Sie mir, es wäre uns bedeutend wohler, wenn unser Budget besser ausfallen würde, aber trotz Beratung und Klärungen in den einzelnen Ressorts sowie den Lesungen im Gemeinderat können wir Ihnen leider kein besseres Budget vorlegen. Einsparungen wären wohl nur durch einschneidende Massnahmen möglich. Denn dies könnte durchaus gute Steuerzahler davon abhalten nach Wohlen zu zügeln. Und Wohlen braucht dringend eine Verbesserung des Steuersubstrates, also mehr gute Steuerzahler.

Wie Sie alle wissen, stammt der Begriff „Parlament“ aus dem Altfranzösischen und hat eine Verwandtschaft zum französischen Wort „parler“, was in Deutsch „reden“ heisst. Ich appelliere an den Einwohnerrat, uns das Vertrauen auszusprechen, sprich die Rückweisung abzulehnen und uns allen die Chance zu geben, dass wir eine korrekte Debatte über das Budget austragen können. Ich bitte auch zudem zu beachten, dass das letzte Budget 2015 durch 86% der Stimmenden am 30. November 2014 angenommen worden ist, und diese sollen auch bald über ein Budget abstimmen können.

Fraktionsmeinungen

Wille Franz, CVP: Die Fiko stellt den Antrag, das Budget 2016 sei zurückzuweisen. Wir haben die vielen guten Begründungen bereits an der Fraktionssitzung gehört und diskutiert. Ich spreche für die Mehrheit der CVP-Fraktion, welche die Rechnung heute behandeln möchte und bereit wäre, den gestellten Verbesserungsanträgen, wo nötig und sinnvoll, zuzustimmen. Wir haben seit unserer Fraktionssitzung verschiedene Zeichen bekommen. Es ist offen, wie das Resultat lauten wird. Gerade deshalb muss ich mich nicht auf die finanziellen Aspekte konzentrieren, sondern nehme eine politische Beurteilung vor. Dabei schicke ich ausdrücklich voraus, dass die wertvolle Arbeit der FIKO, die in den letzten Monaten auch zusätzliche Arbeit zu leisten hatte, ausdrücklich verdankt wird. Ihre Feststellungen und Ermahnungen kann ich weitgehend nachvollziehen und unterstützen, nicht aber den daraus gezogenen Schluss, die Rechnung zurückzuweisen.

Politische Betrachtungsweise

Der Rücktritt des Ressortvorstehers Finanzen im Gemeinderat und die sogenannte Causa Dubler bringen unsere Gemeinde an die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Verwaltung und den noch handlungsfähigen verbliebenen fünf Behördenmitglieder. Sie mussten verschiedene Untersuchungen unterstützen und Anfragen bewältigen. Sie mussten verschiedene abgelehnte Sachvorlagen verdauen. Sie haben Aufträge vom Einwohnerrat bekommen, die Mehrarbeit verursachen werden. Sie geraten in Verzug mit dem Legislaturprogramm. Sie mussten zweimal die Rechnung 2014 bearbeiten und diese liegt heute unerledigt in Aarau. Wegen Bagatellbeträgen – nicht im strafrechtlichen Sinn, sondern wegen der Höhe der Beträge – hat die Gemeinde keine Décharge und geht mit dieser Belastung ins neue Rechnungsjahr. Daneben wurde im Rahmen der Möglichkeiten ein realistisches Budget 2016 erstellt, das niemanden euphorisch stimmt. Weder den Gemeinderat noch uns. Dieses Budget soll heute zurückgewiesen werden mit der glänzenden Idee, es sei um 2% oder CHF 1.2 Mio. zu kürzen – nota bene ist es tiefer als das Budget 2015 – ohne sagen zu müssen, wo gekürzt werden soll.

Der Gemeinderat und die Verwaltung sollen also nochmals ein neues Budget erstellen müssen, wie wenn dafür beliebige Kapazitäten bestünden. Sie müssen das, was sie als richtig angeschaut haben, nochmals ändern. Ob sie das tun können oder tun wollen, bleibt noch offen. Sie werden eine zusätzliche Einwohnerratssitzung mit allem Papierkram organisieren müssen. Auch das kostet ja nichts. Sie werden uns sagen müssen, wer wo wieviel Geld weniger bekommt – Angestellte, Vereine, Schüler usw., wo Konsumausgaben wie Sport, Bedürftige und Schule, eingespart werden müssen, welche Investitionen, zum Beispiel Strassenunterhalt, verschoben werden müssen und welche Leistungen überhaupt nicht mehr erbracht werden können. Damit ist dann nachher an allen negativen Entscheidungen der Gemeinderat schuld. Er hat ja diese Kürzungen vorgeschlagen. Und wir hier sind fein raus. Das ist eben für den Einwohnerrat und die FIKO einiges leichter, als hier hinzustehen und konkrete Anträge zu stellen. Ein pauschaler Kürzungsauftrag um CHF 1.2 Mio. ist aus meiner Sicht kein Akt der Vernunft und des politischen Führungswillens, sondern ein Akt der abgeschobenen Verantwortung.

Es ist aus meiner Sicht weder klug noch zielführend, wenn wir in der ohnehin äusserst angespannten Situation in Wohlen nochmals für eine zusätzliche Belastung von Gemeinderat und Verwaltung sorgen. Die Motion „AHA“ betrifft ganz ähnliche Problemkreise, verursacht ebenfalls zusätzlichen Aufwand. Druck ist ein schlechtes Führungsinstrument und Frustration führt zu schlechter Motivation. Ich rate davon ab. Und ich rate davon ab, jenen in die Hände zu spielen, die Wohlen seit Jahren und bei jeder Gelegenheit systematisch an die Wand fahren wollen.

Wir handeln zurzeit unter sehr belastenden Umständen. Für diese können wir wenig bis nichts. Auch der Gemeinderat und die Verwaltung nicht. Wir wollen doch nicht jene bestrafen, welche – wie wir auch – unter diesen Umständen leiden und trotzdem ihre gute Arbeit tun. Die CVP wird, falls Eintreten beschlossen wird, das Budget 2016 gutheissen. Ich vertraue darauf, dass der Gemeinderat nach der Ergänzungswahl mit einem neuen Finanzvorsteher mit dem Budget 2016 sorgfältig, sparsam und vernünftig umgeht. Und ich vertraue darauf, dass die Kritikpunkte und Anregungen des Einwohnerrates und seiner FIKO berücksichtigt werden, mit der FIKO rechtzeitig verhandelt wird und uns für 2017 ein Budget vorlegen wird, welches auf mehr Zustimmung stossen wird.

Manimanakis Corinne, SP: Die SP möchte sich bei der FIKO bedanken, welche viel Zeit in die Prüfung des Budget 2016 investiert hat. Darum sind wir umso mehr erstaunt darüber, dass die FIKO nach einem grossen Fragekatalog sowie einer Detailberatung mit dem Gemeinderat das Budget jetzt zur Rückweisung empfiehlt. Wir sind der Meinung, dass sich das Budget bereits schon am unteren Limit befindet und wir fragen uns, wo der Gemeinderat noch CHF 1.2 Mio. kürzen soll. Aus unserer Sicht wäre dies unverantwortlich. Zudem fehlen uns von der FIKO konkrete Vorschläge. Die SP ist der Meinung, dass der Gemeinderat aus der schwierigen Finanzlage das Beste versucht hat und sich Mühe gibt transparent zu sein. Darum würden wir das Budget heute gerne behandeln und sprechen uns klar gegen eine Rückweisung aus.

Brunner Edwin, SVP : Die SVP hätte, wenn die FIKO keine Rückweisung gestellt hätte, selber eine gestellt. Wir stehen einstimmig hinter dieser Rückweisung und hinter der FIKO. Die FIKO hat bereits alles gesagt. Ich habe aus dem Statement der beiden Einwohnerräte Franz Wille und Corinne Manimanakis herausgehört, das man sich mit der Rückweisung der Verantwortung entziehen möchte. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Rückweisung soll auch keine Strafe sein – im Gegenteil. Die Rückweisung stellt eine riesige Chance dar. Eine Chance für den Gemeinderat, dass er nicht aufgezwungene Einsparungen von uns übernehmen muss, sondern er erhält die Freiheit die CHF 1.2 Mio. einzusparen, wo er dies möchte.

Ich selber behaupte, dass der Gemeinderat und die Verwaltung ganz genau wissen, wo man einsparen kann. Positionen, in welchen es noch versteckte Beträge enthalten hat. Beträge, welche im Budget enthalten sind, damit sie enthalten sind. Mir sind diese Spiele bekannt, ich erstelle selber auch Budgets. Hinzu kommt, dass die Mitglieder der Finanzkommission ausgewiesene Fachpersonen aus dem Finanzsektor sind. Die Erfahrung von ihnen sollte uns doch ganz klar aufzeigen, dass die Rückweisung zum heutigen Zeitpunkt die wirklich beste Lösung wäre. Unsere Finanzlage ist doch einfach schwach. Wir sollten etwas unternehmen. Das wissen wir alle im Saal. Ich frage mich, tun wir dies nachher auch, wenn wir mit Einsparübungen kommen. Die Antwort ist leider Nein. Alle Einsparvorschläge, welche die SVP stellt, werden abgelehnt. Das behaupte ich jetzt schon. Wenn wir heute der Rückweisung zustimmen, bedeutete dies wirklich die grösste Chance für den Gemeinderat, sich zu einem späteren Zeitpunkt Grossprojekten zu widmen. Wenn wir heute nicht reagieren, garantiere ich Ihnen, dass wir für Grossprojekte später vom Volk keine Zustimmung erhalten. Das Zeichen muss heute gesetzt werden. Es ist nicht neu im Rat, dass eine Rückweisung beantragt wird mit der Begründung, dass eingespart werden soll. Sei es über den Prozent- oder über den Geldweg. Der Kanton Zug hat dies bereits mit Erfolg vorgemacht. Dort ging es um einige Millionen mehr als bei uns. Ich wiederhole, dass es doch viel weniger Druck für den Gemeinderat ist, wenn das Budget jetzt zurückgewiesen wird, als wenn wir ihm vorgeben, wo er zu sparen hat. Der Gemeinderat bekommt so Freiheiten. Das ist doch das, was der Gemeinderat möchte. Mir ist durchaus bewusst, dass den Gemeinderat eine jetzige Rückweisung schmerzt. Aber es tut jedem weh, der sparen muss. Jedem Vorsteher eines jeden Departements tut es weh. Aber ich versichere Ihnen, sie wissen schon wo sich die Sparmöglichkeiten befinden. Wir möchten uns ganz sicher nicht von der Verantwortung drücken. Wir übernehmen Verantwortung gegenüber den Einwohnern, welche Steuern mit einem hohen Steuerfuss bezahlen. Hören Sie auf die FIKO, hören Sie auf die Fachleute und weisen Sie das Budget zurück. Sie geben dem Gemeinderat die Chance, selber bestimmen zu können wo er sparen möchte.

Sax Simon, GLP/EVP : Nachfolgend die Fraktionsmeinung von EVP/GLP zur Rückweisung. Zuerst bedanken wir uns bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Budgets 2016 sowie bei der FIKO für die Erstellung des Berichts dazu. Es muss leider festgehalten werden, dass das Budget 2016 die Ziele gemäss dem aktuellen Legislaturprogramm deutlich verfehlt. Das Budget 2016 zeigt wie in den Vorjahren ein klar negatives operatives Ergebnis. Für das Jahr 2016 sind zudem höhere Investitionen geplant, ohne jedoch ein Grossprojekt zu realisieren. Das Resultat ist ein Finanzierungsfehlbetrag von fast CHF 3.6 Mio. Dies würde zu einem deutlichen Zuwachs der Verschuldung führen. In Summe ist das für uns nicht tolerierbar. Es scheint uns deshalb zwingend angezeigt, die Weichen für ein nachhaltig besseres Ergebnis zu stellen. Nur, wie kann dieses Ziel am besten erreicht werden? Wir wissen, dass es eine anspruchsvolle Aufgabe ist, wirkliches Sparpotential zu finden. Wir erachten es aber als nicht zielführend, wenn wir als Einwohnerrat da und dort – teilweise auch willkürlich – einige Tausend Franken kürzen. Es ist ein grundsätzliches Überarbeiten des Budgets 2016 nötig. Wir vertreten die Meinung, dass der Gemeinderat zusammen mit den Abteilungsleitern über das grösste Wissen, betreffend einem möglichen Sparpotential, hat. Und wenn wir von sparen reden, meinen wir nicht einfach das Verschieben von Ausgaben in die Zukunft. Auch wenn damit die grossen zukünftigen Investitionen nicht finanziert sind,

halten wir das von der FIKO genannte Ziel einer Verbesserung um 2% bezüglich des betrieblichen Aufwandes als einen guten Schritt in die richtige Richtung. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Im Sinne einer Chance für Wohlen werden wir den Rückweisungsantrag der FIKO grossmehrheitlich unterstützen.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon : Ich möchte gerne zwei Meldungen aus der Zeitung „Blick“ zitieren:

1. *„Die SRG rechnet mit einem Abbau von rund 250 Stellen. Damit reagiert sie auf Einsparungen von CHF 40 Mio. welche sie ab 2016 in Folge des Wegfalles der Mehrwertsteuer und aufgrund der höheren Gebührenanteile von Regionalsendern vornehmen muss.“*
2. *„Der Aargauer Regierungsrat hat seine Sparvorschläge bekräftigt. Zwischen 2015 und 2017 sollen pro Jahr bis zu CHF 122 Mio. eingespart werden.“*

Nun frage ich mich, was in der Gemeinde Wohlen passiert. Mit Ausnahme von der Abteilung Bildung sowie Umweltschutz und Raumordnung steigen in sämtlichen anderen Abteilungen die Ausgaben an. Dies um gesamthaft satte 6% gegenüber dem Jahr 2014. Im gleichen Zeitraum wachsen die Steuererträge lediglich um 3.6%. Damit resultiert ein negatives operatives Ergebnis von inzwischen rekordverdächtigen CHF 3 Mio. Seit Jahren weist die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon auf diese gefährliche Entwicklung hin. Steigende Kosten bei stagnierenden Steuererträgen sind ungesund und rächen sich früher oder später. Passiert ist nichts. Unternehmen und Regierungen reagieren auf Entwicklungen. In den eingangs erwähnten Beispielen von der SRG und der Aargauer Kantonsregierung werden drastische Sparmassnahmen aufgegleist. In der Gemeinde Wohlen wird jedoch munter weiter mit höheren Kosten budgetiert, so als ob nichts passiert wäre. Das Problem liegt im Verfahren. Budgetiert wird basierend auf dem Vorjahr und vom letzten Budget. Das Vorgehen ist zwar einfach, führt jedoch dazu, dass nur immer Kostenerhöhungen eingeplant werden. Bestehende Kosten werden jedoch kaum in Frage gestellt. Keine Abteilung ist bereit Budgetposten zu reduzieren, weil sie in den darauffolgenden Jahren abgestraft werden und mit weniger Geld auskommen müssen. In Wohlen ist ein Umdenken notwendig. „Zero-based budgeting“ bedeutet, dass die Ausgaben der Abteilungen von Grund auf neu beurteilt werden. Die Frage lautet hier, wenn eine Ausgabe nicht getätigt wird, was die genauen Auswirkungen sind. Budgetieren in dieser Form heisst im grössten Teil, dass auch verzichtet werden muss. Es wird Leute treffen, welche bisher von Dienstleistungen unserer Gemeinde profitiert haben. Angebote werden gestrichen, welche von Teilen der Bevölkerung geschätzt worden sind. Der Gemeinderat macht sich damit nicht beliebt. Aber es ist seine Aufgabe, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Defizite in Zeiten ohne Investitionen und Sanierungen bedeutet höhere Schulden. Schon sehr bald werden wir jedoch in ein neues Schulhaus, in die Sanierung der Badi und der Eisbahn, in das Bahnhof-Areal und in viele weitere Projekte investieren müssen. Die Schulden werden unter den jetzigen Vorzeichen nicht wachsen, sondern explodieren. Ich schäme mich unseren nachfolgenden Generationen gegenüber, wenn ich dafür verantwortlich bin. Unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon unterstützt den Antrag der Finanzkommission auf Rückweisung des vorliegenden Budgets. Wir sehen den Gemeinderat in der Pflicht jetzt endlich Gegensteuer zu geben und ernsthaft Kostenkürzungen vorzunehmen. Wir sehen das grösste Einsparungspotential bei den Personalkosten, bei den Dienstleistungen Dritter, bei der Unterstützung von verschiedenen Organisationen und bei Gewinnung von Effizienz bei einem zentralen Einkauf. Es liegt jedoch am Gemeinderat selber, bei den Positionen Anpassungen vorzunehmen, welche er als am sinnvollsten erachtet. Aus diesem Grund finden wir den Vorschlag der Finanzkommission gescheit, den betrieblichen Aufwand um mindestens 2% zu kürzen. Das sind nämlich genau diejenigen Kosten, welche der Gemeinderat in der Lage ist zu beeinflussen.

Burkard Thomas, Grüne : Die Grünen sind klar gegen eine Rückweisung des Budgets 2016. Dies aus folgenden Gründen. Wir wollen heute Abend auf den Budgetvorschlag des Gemeinderates eintreten und darüber diskutieren. Denn dies gehört sich in einem Parlament. Der Budgetvorschlag stellt sich nicht so schlecht dar, wie er jetzt hier gemacht worden ist. Wir wollen jetzt nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Sich jetzt trotz Sinnig zu zeigen erachten wir nicht als den richtigen Weg. Eine Rückweisung erachten wir als unverhältnismässig. Wir wollen weiterhin selbstbestimmt handeln können. Dies verlieren wir, wenn wir jetzt auch das Budget noch zurückweisen. Wir geraten so in ein ganz eigenartiges Fahrwasser.

Anmerkung zur Finanzkommission

Wer eine solch drastische Forderung aufstellt, ein Budget mit einem um mindestens 2% reduzierten betrieblichen Aufwand vorzulegen, der muss nach unserer Meinung nach selber konkrete Einsparungsvorschläge unterbreiten und diese auch entsprechend kommunizieren. Einfach zu sagen, es sei eine zu grosse Maschine ist unglaubwürdig. Bitte glauben Sie mir, wenn Sie diese Maschine verkleinern – wie Thomas Hofmann dies gefordert hat – dann wird der Motor „Gemeindefinanzen“ gewaltig ins Stottern kommen. Einsparungen von CHF 1.2 Mio. würden wirklich uns allen weh tun.

Aus diesem Grund treten wir heute Abend auf das Budget ein, diskutieren und machen konstruktive Vorschläge. Wir befinden uns bereits am Limit. Dies sagen wir auch schon seit Jahren. Thomas Geissmann, beim Personal zu sparen ist sicher nicht der richtige Weg. Die Gemeindeverwaltung ist bereits ganz schlank und deshalb gestalten sich Einsparungen hier sehr schwierig.

Einzelvoten

Stäger Urs, SVP: Es ist gemäss Kanton definitiv nicht die Aufgabe der Finanzkommission, dass sie Sparvorschläge machen muss. Wer mir das nicht glaubt, der soll sich doch beim Kanton für einen Kurs anmelden.

Von meinen Vorrednern merkt man sehr gut, wer einmal in einer Verwaltung gearbeitet hat oder noch arbeitet und wer in der Privatwirtschaft tätig ist. Das ist eine grosse Differenz.

Bereits vor neun Jahren hat der Einwohnerrat das Budget zurückgewiesen. Die Tribüne war dazumal voll besetzt und der Gemeinderat war damals innert 14 Tagen in der Lage ein um CHF 1'050'000.00 besseres Budget zu präsentieren. Ich stimme dem Rückweisungsantrag zu.

Palmieri Marco, SVP: Mit dem Budget 2016 werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Der Gemeinderat als Ressortverantwortlicher und die Abteilungsleiter haben es in der Hand, die Einnahmen und Ausgaben nicht nur kurzfristig, sondern insbesondere auch mittelfristig im Visier zu behalten. In Anbetracht des vorgestellten Budgets müssen wir uns als Einwohnerrat im Klaren sein, dass wir auf eine sehr gefährliche Finanzlage zusteuern. Gerne gebe ich Ihnen meine Überlegungen dazu bekannt. Es ist verantwortungslos in Jahren ohne namhafte Investitionen weitere steigende Kosten zu budgetieren. Wir fragen uns, ob der Gemeinderat die prekäre Lage erkannt hat. Ich glaube dies schon, doch frage ich mich, weshalb er dagegen nichts unternimmt. Will sich der Gemeinderat so der Verantwortung entziehen und den Schuldenberg der Zukunft hinterlassen?

Im Leitbild des Gemeinderates steht unter dem Begriff „Arbeiten“ Folgendes:

„Der Wirtschaftsraum Wohlen positioniert sich als starke Region im Kanton Aargau. Wohlen betreibt eine aktive Wirtschaftsförderung.“

Im Legislaturprogramm 2014-2017 des Gemeinderates steht im Themenbereich „Lenken“ auch:

„Die Eigenfinanzierung der Gemeinde wird verbessert.“ und „Das Ausgabenwachstum entspricht dem Steuermehrertag.“ sowie „Wohlen schafft die Grundlage für eine geeignete, leistungsorientierte Verwaltungsführung.“

Dies ist nur Schönfärberei auf Papier! Wenn man das Budget 2016 ernst nehmen soll, lesen Sie selber das Legislaturprogramm des Gemeinderates. Ich habe kürzlich an einer Einwohnerratssitzung betreffend des letzten Jahresberichts den Gemeinderat gefragt, was er für Verbesserungsmassnahmen zu treffen gedenkt betreffend der schwierigen Finanzlage. Auch wollte ich wissen, wann der Gemeinderat mit einem positiven Standortmarketing beginnen möchte. Gerne erwarte ich auf meine gestellten Fragen eine Antwort und zukünftig eine erkennbare Strategie zur Stärkung unserer Finanzlage und zwar ohne Steuerfusserhöhung oder einem Abbau von Dienstleistungen. Die Antwort können wir im Budget 2016 nicht finden.

Gregor Ariane, Präsidentin: Ich bitte Marco Palmieri zur Rückweisung zu sprechen.

Palmieri Marco, SVP: Aufgrund meinen vorhergehenden Aussagen ist es wichtig, dass das Budget zurückgewiesen wird und der Gemeinderat und die Abteilungsleiter es um mindestens CHF 1.2 Mio. reduzieren können. Es ist nicht unsere Aufgabe als Einwohnerräte Kosteneinsparungen vorzuschlagen. Sondern es ist die Aufgabe der Verantwortlichen. Die Ressortleiter und die Abteilungsleiter sind die Verantwortlichen. Die wissen sehr genau, wo richtig gespart werden kann. Alle Abteilungsleiter sollten gemeinsam ihren Sparwillen aufzeigen um den geforderten Sparbetrag erreichen zu können. Nur so können später sehr wichtige Ausgaben getätigt werden. Ein negatives operatives Ergebnis von CHF 3 Mio. ist verantwortungslos. Das negative operative Ergebnis hat sich 2014 um 350% verschlechtert. Wir haben dies gelesen.

Gregor Ariane, Präsidentin: Ich bitte Marco Palmieri zum Ende seines Votums zu kommen! Es geht hier um die Rückweisung des Budgets und nicht um allgemeine Sachen.

Palmieri Marco, SVP: Es betrifft nun halt mal alles zusammen.

Gregor Ariane, Präsidentin: Das kann ich verstehen. Nur geht es hier um die Meinung zur Rückweisung und nicht um die Behandlung des Budgets.

Palmieri Marco, SVP: Das Volk wünscht keine Steuererhöhung. Dies darf nicht vergessen werden. Dies ist uns allen in der Abstimmung vom November 2013 mit 65% Nein-Stimmen klar gemacht worden. Wir alle müssen uns für die Haltung des Volkes einsetzen. Wenn wir also die Zukunft meistern möchten, dann müssen wir gemeinsam ein positives operatives Ergebnis anstreben. Wir müssen daher den Budgetverantwortlichen die Möglichkeit geben das operative Ergebnis wesentlich zu verbessern. Daher bitte ich Sie dem Rückweisungsantrag der FIKO zuzustimmen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Es wurde viel von Verantwortung gesprochen. Ich weiss nur eines, dass sowohl die Verwaltung und auch der Gemeinderat seine Verantwortung wahrgenommen hat. Ich frage Sie, ob Sie sich der Konsequenzen bewusst sind, welche eine Rückweisung des Budgets mit sich bringt und was es heisst. Die nächste Einwohnerratssitzung im November ist überladen mit Geschäften und anlässlich der Dezember-Sitzung möchte man über keine Geschäfte beraten. Dies hat zur Folge, dass wir erst im Januar wieder über das Budget befinden können und dies wiederum bedeutet, dass es erst im März 2016 zur Volksabstimmung kommt. Die Verwaltung ist somit für Geschäfte für drei Monate blockiert. Das ist meiner Meinung nach verantwortungslos, wenn wir heute nicht über dieses Budget sprechen und befinden. Wenn der Einwohnerrat nicht darüber sprechen will, erachte ich dies als Arbeitsverweigerung.

Lütolf Harry, CVP: Was wir heute hier erleben erachte ich für den Einwohnerrat als Armutszeugnis. Es ist die ureigenste Aufgabe und eine nicht delegierbare Aufgabe des Einwohnerrates über das Budget zu beschliessen. Heute ist dieses Geschäft traktandiert und es wäre heute unsere Aufgabe über das Budget zu beschliessen, Änderungsanträge zu stellen und Kürzungen zu beantragen. Der Gemeinderat soll bei einer Rückweisung CHF 1.2 Mio. Einsparungen machen. Dies ist für mich nicht transparent, auch wenn zu einem späteren Zeitpunkt noch Ausführungen folgen. Die Volksabstimmung soll erst März 2016 stattfinden und dies auch nur, wenn der Einwohnerrat dem Budget anlässlich der nächsten Behandlung zustimmt. Die vom Gemeinderat vorgenommenen Kürzungen werden im Parlament nicht transparent gemacht. Es ist doch auch die Aufgabe des Einwohnerrates, dass man Kürzungen transparent macht. Das wir Mitglieder vom Einwohnerrat in einem demokratischen Prozess das Budget behandeln und dass die Öffentlichkeit dies mit verfolgen kann. Wo wird warum was gekürzt? Das gehört meiner Meinung nach nicht in die stille Kammer des Gemeinderates, wo niemand etwas mitbekommt. Ich möchte, dass das Budget hier im Rat behandelt wird mit allen Diskussionen und Streitereien und dass wir zum Schluss darüber abstimmen. Dies schieben wir mit dem Rückweisungsantrag alles dem Gemeinderat zu. Und wenn dieser es schafft, die CHF 1.2 Mio. einzusparen, dann können wir ja immer wieder bei jedem Budget einen Rückweisungsantrag stellen. Ich bin sehr froh, dass solche Rückweisungen selten vorkommen. Es handelt sich hier um eine nicht delegierbare Aufgabe des Einwohnerrates. Es ist die Krönung des Parlamentes das Budget verabschieden zu können. Es ist die wichtigste Aufgabe. Aber das machen wir hier nicht. Wir weisen das Budget zurück. Ein ähnlicher Vorgang fand einmal in der Stadt Zürich statt. Im Jahr 2010 hat die Stadt Zürich das Budget auch zurückgewiesen. Dann gab es eine Aufsichtsbeschwerde an

den Regierungsrat des Kantons Zürich. Das Finanzhaushaltsrecht des Kantons Zürich ist betreffend Budgetierung gleich wie im Kanton Aargau. Der Regierungsrat machte in seiner Stellungnahme betreffend Budget folgende Aussage: *„Aus den vorstehenden zitierten Rechtsnormen und den dazu gemachten Ausführungen, ist der Schluss zu ziehen, dass eine pauschale Rückweisung des Voranschlages durch das Gemeindeparlament an die Gemeindeexekutive rechtlich nicht haltbar ist. Der Auftrag zur Änderung eines Vorschlagentwurfes muss so konkret sein, dass zumindest ersichtlich ist bei welchen Aufgaben, Projekten, Dienststellen oder Aufwandarten eine entsprechende Änderung in welchem Umfang verlangt wird.“*

Dies ist die Meinung des Regierungsrates des Kantons Zürich. Wir können uns nun natürlich frotieren darum, denn wir können hier ja alles machen. Ich finde es einfach penibel. Auch frage ich mich, ob sie Lust haben noch mehr Einwohnerratsitzungen abzuhalten. Ist es der Sinn, dass jedes Mal die Abteilungsleitenden aufgeboten werden müssen und diese dann ergebnislos wieder nach Hause gehen müssen? Vielleicht müssen wir deshalb noch eine weitere Einwohnerratsitzung ansetzen im Januar oder Februar, weil wir das Budget in der ersten Sitzung nicht durchbringen. Ich bitte Sie, überlegen Sie sich, was Sie hier machen. Wir haben keinen Notstand in dieser Gemeinde, aber der Einwohnerrat verhält sich im Moment so.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich danke Harry Lütolf für seine Ausführungen. Er hat gesagt die Rückweisung von einem Budget sei nicht die Krönung des Dorfparlaments. Da gehe ich mit ihm einer Meinung. Für mich ist die Krönung jeweils, wenn Harry Lütolf ein Votum hält. Für das konstruktive Votum von Gemeinderat Ruedi Donat, welcher uns kollektiv Arbeitsverweigerung vorwirft, möchte ich ihm herzlich danken. Auch danke ich ihm für die ganz erheblichen Sparbeiträge aus seinem Ressort, welche hier ja im Budget ersichtlich sind.

Abstimmung Rückweisung

Der Rückweisungsantrag der FIKO wird mit 23 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen angenommen.

Gregor Ariane, Präsidentin: Wir hatten eine kurze Sitzung heute. Dies ist bereits die zweite kurze Sitzung in meiner Amtsdauer. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Wenn ich das gewusst hätte, dann hätte ich auf diese Sitzung noch andere Geschäfte und Vorstösse traktandiert. Wir haben nämlich ein volles Programm und viele offene Sachen bis Ende Jahr. Leider ist dies im Nachhinein nicht mehr möglich, was ich sehr schade finde.

Duschen Andrea, Vize-Präsident: Ich habe auch mit einer längeren Sitzung gerechnet. Wir sind dafür bezahlt, dass wir die Sitzungen auch abhalten. Ich wollte zu Beginn den Antrag stellen, dass bei solch kurzen Sitzungen auf die Ausbezahlung des Sitzungsgeldes verzichtet wird. Dies geht aber aus rechtlichen Gründen nicht. Wir sind eine Gemeinde, welche wenig Geld hat und ich möchte Ihnen beliebt machen, dass bei der heutigen kurzen Sitzung die Einwohnerräte auf ihr Sitzungsgeld verzichten. Dies ist selbstverständlich nur auf freiwilliger Basis möglich. Wer dazu bereit ist, darf sich bei Gemeindeschreiber-Stv. Michelle Steinauer melden.

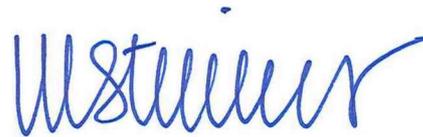
Gregor Ariane, Präsidentin: Wir sind somit bereits am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 16. November 2015 statt. Aufgrund der vielen Geschäfte findet die Sitzung ebenfalls bereits um 18.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Gregor', written in a cursive style.

Ariane Gregor
Präsidentin

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'M. Steinauer', written in a cursive style.

Michelle Steinauer
Gemeindeschreiber-Stv.